Kanzler Schröder (am vergangenen Mittwoch in Bonn): *Ein Versuch, den Reformstau zu durchbrechen*

JARDAI / MODUS

Kraftmensch im Kanzleramt

Gerhard Schröder als Abräumer: Die Reformprojekte sind auf dem Weg, der Unsicherheitsfaktor Hombach ist ehrenvoll abgeschoben, der Umzug nach Berlin beginnt. Der Kanzler gibt sich entschlossen, den Widerstand seiner Partei und der SPD-Ministerpräsidenten zu brechen.

Was haben sie ihn verdroschen. „Mein lieber Schwan“, stöhnt Gerhard Schröder. Daß er das Sparpaket nicht hinkriegen würde, haben doch alle gedacht. Den Kosovo-Krieg werde er mit Sicherheit nicht durchhalten, die Rentenreform vergeigen.

Und jetzt? In der vergangenen Woche hißte der Bundeskanzler sein schiefes Triumphgrinsen wie eine Deutschlandflagge, als er das Sparpaket seines Kabinetts als Entscheidung von historischer Tragweite vorstellte.

Während vor der Presse in Bonn die Kette der prunkenden Floskeln nicht abreißen wollte – „Paradigmenwechsel in der deutschen Politik“, „größtes Reformprojekt in der Geschichte der Bundesrepublik“, „Programm der Macher gegen die Miesmacher“ –, signalisierte Schröders stolz geschürzte Oberlippe seine ganz persönliche Erfolgsbotschaft: Das hättet ihr mir wohl nicht zugetraut.

Gerade noch war er als Maulheld und Versager von der Opposition und in den Leitartikeln verlacht worden, nun stand er da mit einem 30-Milliarden-Mark-Spar-

haushalt, mit dem konzeptionellen Einstieg in Renten- und Gesundheitsreform und einem achtbaren Ansatz für eine Unternehmens- und eine Ökosteuer.

Wieder einmal hatte es Gerhard Schröder seinen Kritikern gezeigt. Und diesmal saß kein starker Mann mehr neben ihm, der ahnen ließ, daß womöglich er die entscheidenden Fäden in der Hand gehalten hatte – schon lange kein Oskar Lafontaine und nun auch nicht mehr Kanzleramtsminister Bodo Hombach.

Seit vergangener Woche ist Gerhard Schröder seine eigene Chefsache.

Ein Kraftakt. Und mehr. „Vielleicht ist es kein Zufall, daß dieser Paradigmenwechsel zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo die Bundesregierung von Bonn nach Berlin umzieht“, legte Schröder Bedeutung nach.

Ton, Zeitpunkt und Umstände machten deutlich, daß dem Kanzler Größeres vorschwebte, als bloß das freilich überfällige Ende der rot-grünen Haushaltsstreitereien per Machtwort.

Dies war Kehraus und Umkehr zugleich. Mit dem Abschied von Bonn sollte auch die Wende kommen „vom fürsorglichen zum aktivierenden Sozialstaat“, wie es Finanzminister Hans Eichel ausdrückt. Schluß mit dem Rundum-Sorglos-Paket nach der traditionellen SPD-Beschlußlage. Statt dessen, so Eichel, eine „Neudefinition sozialer Politik“. Zu den wichtigen politischen Fähigkeiten Schröders gehört seine instinktgesteuerte Gabe, unterschiedlichste Tatbestände und Situationen zu einem politisch vagen, aber emotional brisanten Gesamtpaket zu bündeln. So nutzte er den Druck der verlorenen Europawahl, das Angebot des programmatischen Schröder-Blair-Papiers, katastrophale Umfragezahlen und die Aufbruchstimmung der letzten Sitzungstage am Rhein zu einem Versuch, den Bonner Reformstau zu durchbrechen.

Während im Regierungsviertel am Rhein für den großen Umzug gepackt wurde, drängte sich das Neue auch thematisch in den Vordergrund. Am Freitag entschied der Bundestag über das Holocaust-Mahnmal beim Brandenburger Tor. Damit ist eine quälende Debatte, die elf Jahre währte, endlich beendet. Das Mahnmal soll nur der ermordeten Juden Europas gedenken; Sinti und Roma und Homosexuelle bleiben, wie Kritiker schon lange monieren, ausgespart. Neben dem Reichstag entsteht ein Betonstelenfeld nach dem Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman, ergänzt um ein Informationszentrum und nicht um ein Museum, wie es Staatsminister Michael Naumann wollte. Baubeginn: der Auschwitz-Gedenktag 27. Januar 2000.

Am Donnerstag dieser Woche wird Johannes Rau als Bundespräsident vereidigt, seine Arbeit beginnt tags darauf im Schloß Bellevue (siehe Seite 40). Kanzler Schröder und die Mehrheit seiner rot-grünen Regierung ziehen nach und nach erleichtert in die Hauptstadt um (siehe Seite 28).

Die Ära Bonn geht in dieser Woche zu Ende. Die „keine Experimente“-Schonfrist im Windschatten der Historie war ohnehin längst Vergangenheit. Geschichte ist die ideologische Geborgenheit unter Konrad Adenauer im Kalten Krieg gegen das kommunistische Moskau, vorbei die Gewißheit wirtschaftlichen Wachstums wie zu Zeiten Ludwig Erhards. Der idealistische Reformschwung unter Willy Brandt, das Vertrauen in das Management-Geschick Helmut Schmidts, selbst der miefige Trott unter Helmut Kohl – alles nicht mehr zukunftsfähig in den Augen der neuen Regierenden.

Kanzler Schröder, der 1980 im Sog der Franz-Josef-Strauß-Niederlage als SPD-Abgeordneter in den Bundestag einzog, hat sich am Rhein nie sonderlich heimisch gefühlt. „Ich werde Bonn nicht vermissen“, teilt er den gekränkten Rheinländern unumwunden mit. Das war am vergangenen Dienstag, als die Sozialde-

Vom „Chef BK“ zu „Mr. Balkan“

Ungewöhnlich stilvoll trennt sich Gerhard Schröder von seinem Kanzleramtschef Bodo Hombach – ein Befreiungsschlag für alle Beteiligten.

Erfolgreiche Politik, so doziert Gerhard Schröder gern, die geht ganz einfach. „Die Leute dürfen keine Angst haben.“

Bodo Hombach, 46, hatte in seinem Job als Kanzleramtsminister zuletzt ein gewaltiges Problem: Viele Menschen fürchteten sich vor ihm.

Für den Sozialdemokraten war Hombach der neoliberale Dämon. Die Minister mühten sich, ihre Vorgänge an ihm vorbei zum Kanzler zu schleusen. Der Koalitionspartner sah in ihm den Grünen-Fresser. Und allen schwante, daß das Rumoren über die Finanzierung seines Hausbaus das gesamte rot-grüne Projekt lädieren könnte.

Schließlich hatte die Furcht auch den Kanzler erreicht. Der Mann für die Chefsachen war selbst zur Chefsache geworden. Kühl analysierte Schröder das Verhältnis von Nutzen und Risiko. Das war Hombachs Aus.

DPA

Kanzler Schröder, Vertrauter Hombach: *Posten von angemessener Großartigkeit*

In einer bemerkenswert stilvollen Operation hat sich der Bundeskanzler von einem zentralen Mitstreiter getrennt. Schon diese Woche sollen die EU-Außenminister in Rio de Janeiro beim europäisch-lateinamerikanischen Gipfel beschließen, daß Hombach der Koordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa wird, der „Mr. Balkan“.

Von Brüssel und Sarajevo aus kann der große Kommunikator mit dem dicken Telefonbuch nun Politik und Wirtschaft, die reichen EU-Länder und die schwer berechenbaren Staaten des Balkans in ein historisches Wirtschaftswunder begleiten.

Diskret hatten Schröder und sein außenpolitischer Berater Michael Steiner den Coup auf dem Kölner Gipfel ausgelotet. Nur Außenminister Joschka Fischer und Hombach selbst wußten davon. Der ursprüngliche Plan, den angeschlagenen Minister als EU-Kommissar nach Brüssel zu schicken, war geplatzt. Das Geraune ums Haus in Mülheim war auch bis zum designierten Kommissionspräsidenten Romano Prodi gedrungen.

Der Durchbruch kam, als Bill Clinton in Köln wie bestellt von dem Balkan-Job schwärmte. So was Tolles, so der US-Präsident, würde er auch gern mal machen. Nun war klar: Der Posten hatte die Hombach angemessene Großartigkeit. Im Blitztempo organisierte Steiner mit Hilfe von Fischers Außenamt Geld und einen Stab exzellenter Mitarbeiter.

Kaum stand der Rahmen, brachen die üblichen Bonner Verlogenheitsarien los. Nur schweren Herzens, so tremolierte der Kanzler, opfere er seinen „besten Mann“ für die gute Sache.

Tapfer freut sich Hombach nun auf den „tollen Job“ und auch darüber, daß „ich zum erstenmal seit langem wieder fröhlich aufstehe. Da unten ist ja so was wie ein Unternehmen aufzubauen“.

Das ist nicht mal die halbe Wahrheit. Hombachs Traum war immer der „Chef BK“, wie der Kanzleramtsminister intern heißt. Und Schröder konnte nach dem Wahlsieg kaum anders, als seinem dicken Kumpel und Helfer diesen Wunsch erfüllen. Schließlich war Hombach ein Jahr lang als Stratege, Berater, Freund, Prellbock, als Zigarren- und Rotweinbeschaffer nützlich gewesen. „Bodo, ich brauch’ dich“, sagte Schröder oft.

Damit hatte der Kanzler ein Problem institutionalisiert. Denn die erfolgreichsten Manager der Macht waren stets ganz andere Typen als der gelernte Fernmeldetechniker. Ob Helmut Schmidts Manfred Schüler oder Friedrich Bohl bei Helmut Kohl – immer war es ein uneitler, fleißiger, diskreter Charakter mit integrativem Charme, der für den Chef den täglichen Regierungskram wegräumte. Der

ACTION PRESS

Kanzleramts-Staatssekretär Steinmeier
Integrativer Charme

Staatssekretär im Kanzleramt Frank-Walter Steinmeier, der Schröders Staatskanzlei in Hannover in Schuß gehalten hatte, kommt diesem Profil ziemlich nahe.

Die Qualität des Mülheimers dagegen, neue Themen in Windeseile auf ihr strategisches Potential hin zu durchdringen, war als Chef BK weniger gefragt. Und die Gabe des Demagogen, immer und überall zu polarisieren, war in der chaotischen Anfangszeit erst recht hinderlich.

Der Politjunkie opfert sein Leben dem Job. Als ihm ein Freund unlängst besorgt mitteilte, daß er seine Gesundheit ruiniere, soll er mit den Schultern gezuckt haben. Es blieb der Eindruck, daß er den Infarkt am Schreibtisch billigend in Kauf nehmen würde.

Hombach gehört zu den raren Kräften im politischen Geschäft, die langfristig strategisch denken und gleichzeitig einen untrüglichen Instinkt für den Alltag haben. Er prägte für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau klassische Slogans wie „Versöhnen statt Spalten“ oder „Wir in NRW“, für Gerhard Schröder erfand er die „neue Mitte“.

Als die Preussag Stahl AG Anfang vergangenen Jahres an die österreichische Voest-Alpine AG verkauft werden sollte, inszenierte Hombach die Übernahme des Stahlwerks durch die Landesregierung. 12 000 Beschäftigte jubelten dem Macher Schröder zu und mit ihnen ganz Niedersachsen: 47,9 Prozent holte die SPD im März 1998 bei der Landtagswahl und Schröder damit die Kanzlerkandidatur.

Der hochsensible Hombach verfügt über ein feines Radar für gesellschaftliche Tendenzen. Jedes Gespräch gerät ihm umgehend zu einem Check: Woher weht der Wind, wie heißen die Themen, wie lassen sie sich inszenieren?

Hombach denkt und inszeniert Politik in Theaterkategorien. Immer gibt es einen Bösewicht, vor allem aber einen strahlenden Sieger – und das ist stets sein jeweiliger Chef. Blitzschnell ist Hombach zu begeistern, doch genauso rasch erlahmen seine Interessen. Nie ist man sicher, was er wirklich denkt. Fortwährend schiebt er Wortwolken und hängt semantische Schleier – es gibt kaum einmal richtig und falsch, wahr und unwahr.

Sicher ist nur eines: Er schätzt die große Geste. Für einen wie ihn durfte Geld nie eine Rolle spielen. Nach zehn Jahren als Landesgeschäftsführer der SPD-NRW hinterließ er der Partei etwa 18 Millionen Mark Schulden, die Kosten seiner Wahlkämpfe gerieten stets außer Kontrolle.

Hombach gönnt sich edle Klamotten und feines Essen. Er qualmt Zigarren, die mehr kosten, als einer am Tag verdient, der in dem von ihm angedachten Niedriglohnsektor künftig schuften soll. Und nichts macht ihn stolzer als das braune Streichholzheftchen mit der Aufschrift „Bundeskanzleramt“, das man bei Gelegenheit mal fallen lassen konnte.

Sein Talent, andere gegen sich aufzubringen, wirkte auch im Kanzleramt. Schröders kühle Hannoveraner Mannschaft nahm mit mühsam unterdrücktem Zorn zur Kenntnis, daß Hombach nach außen den Zampano machte und immer neue Chefsachen erfand. Nach innen aber richtete die personifizierte Flipperkugel täglich neues Durcheinander an.

Mit den Monaten mauerte sich Hombach im Kanzleramt immer mehr ein und erwiderte Mißtrauen mit noch mehr Mißtrauen – das Schicksal vieler Berater. Wie Clintons einstiger Einflüsterer Dick Morris zog Hombach sich mit seinem direkten Draht zum Kanzler Neid zu. Unaufhaltsam drehte sich die Abwärtsspirale. Ob die Verhandlungen über die Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter stockten, Schröders Prestigeprojekt „Bündnis für Arbeit“ stotterte oder der tägliche Abstimmungsmarathon im Amt holperte – immer schien Hombach beteiligt zu sein.

„Ich war wohl die Projektionsfläche für das Böse“, sagt er ohne Zorn. Daß er es vergangenen Freitag fertigbrachte, die von den Amerikanern in der Wendezeit aus Ost-Berlin in der „Operation Rosenholz“ erbeuteten HVA-Akten zurückzuholen, ging unter.

Erfolgreich hatte Hombach für andere Mehrheiten und Sympathien organisiert – nur für sich selber nicht. Er gab immer den bösen Buben. Er habe sich auf keine Hausmacht stützen können, verbreitete Hombach und habe „auch zu wenig getan, eine eigene aufzubauen“. Das sei ein Fehler gewesen.

Genüßlich sahen die Genossen, daß Hombach nun selbst die Sorge hatte, die er anderen eigentlich zu bereiten pflegte: das Glaubwürdigkeitsproblem. Weil im August das Landgericht Bochum auch noch ein Verfahren gegen seinen einstigen Bauleiter eröffnet, in dem Ungereimtheiten zum Hausbau zu befürchten sind, mußte Schröder rechtzeitig vor dem Sommerloch die Zeitbombe entschärfen.

Doch ein Abschied auf Dauer wird es wohl nicht sein. Macht Hombach seinen hochbezahlten Job auf dem Balkan gut, ist die Rückkehr keinesfalls ausgeschlossen. Der neue Vertrag läuft zwei Jahre, mit jährlicher Option auf Verlängerung. Spätestens im Wahlkampf 2002 stünde der Mann für alle Fälle wieder bereit.

HAJO SCHUMACHER

mokraten ihre im Streit erhitzten Gemüter bei einer Bonner Abschiedsparty mit viel Kölsch zu kühlen versuchten. Gerade hatten die Chaos-Tage der Koalition einen vorläufig letzten Höhepunkt erreicht: Während der Kanzler im Fernsehen eine Erhöhung der Vermögensteuer ausschloß, hatte sich kurz zuvor seine Fraktion für das Gegenteil entschieden.

Gleichwohl wirkte Schröder, den sein Fraktionsvorsitzender Peter Struck als einen Mann begrüßte, „der bis an die Grenzen der physischen und psychischen Belastbarkeit für unser Land gearbeitet hat“, bemerkenswert aufgekratzt und zufrieden. Die Trennung von Kanzleramtschef Hombach war zu diesem Zeitpunkt schon besiegelt (siehe Seite 24).

Schröder hatte den Entschluß gefaßt, das Heft jetzt endgültig selbst in die Hand zu nehmen und dem Nachweis seiner Kompetenz in der Außenpolitik auch einen Befähigungstest in der Innenpolitik folgen zu lassen. Denn nur so, behauptet er, sei sicherzustellen, „daß unsere Regierung nicht nur eine Episode bleibt, sondern eine Epoche währt“.

AFP / DPA

Staatsmänner Clinton, Schröder*: *Episode oder Epoche?*

Nach der verheerenden Schlappe bei der Europawahl hatten die harschen Kommentare in den Medien, von der Opposition und aus den eigenen Reihen den oft zaudernden und nachgiebigen Schröder aufgeschreckt. Er verstand wieder. Vor allem fand er ärgerlich, daß er den Kritikern in manchem recht geben mußte.

Eigentlich ist Schröder ein großer und geübter Verdränger, aber die Prügel empfand er als schmerzhaft. Aushalten könne man das nur, bekannte er in vertraulicher Runde im Kanzlerbungalow, wenn man das, was man mache, auch wirklich gern tue. Und daran hat er auch in seinen unglücklichen Phasen keinen Zweifel: Regieren macht ihm noch immer Spaß.

Die Kraft zum Neuansatz holte sich der robuste Niedersachse aus den Erfolgen bei der Gipfeldiplomatie. Die strahlenden Augenblicke im Kreise der Großen der Welt – ein Boris Jelzin, der sich auf ihn stützte, ein Bill Clinton, der mit ihm hoch über dem Rhein, dort, wo Siegfried den Dra-

* Am vergangenen Montag in Bonn.

AP

Ursprünglicher Eisenman-Entwurf für das Berliner Holocaust-Mahnmal*: *Elf Jahre quälende Debatten*

chen tötete, auf die Gesundheit anstieß – lieferten dem gerade der Provinz entlaufenen Kanzler Energie für den Durchbruch im tristen Bonner Alltag.

Er konnte sie gebrauchen. Ob am vergangenen Montag im Parteipräsidium, im Kreis seiner Minister oder in der Koalitionsrunde: Überall stieß er zunächst auf Widerstand. Aber erstmals demonstrierte der Bundeskanzler, was er bislang hatte vermissen lassen: Richtlinienkompetenz.

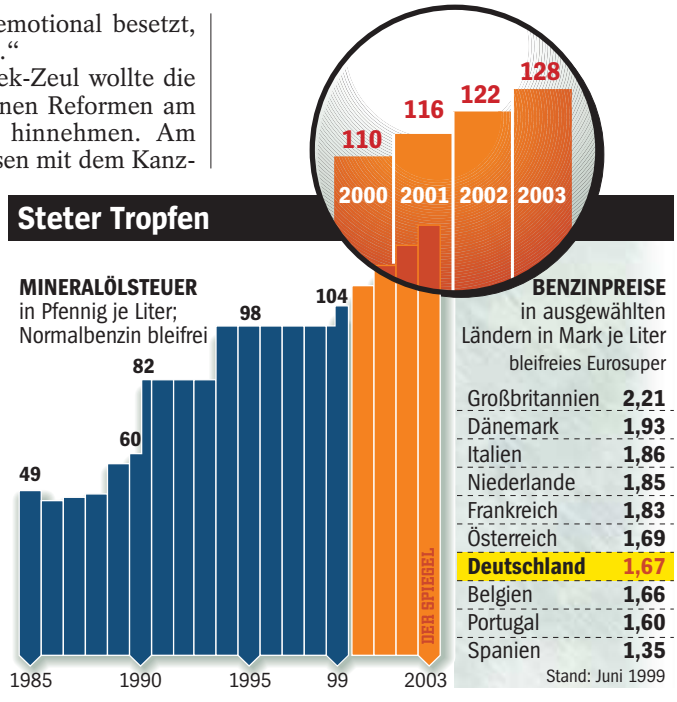
Nervöse Anmerkungen der Länderchefs Reinhard Klimmt (Saarland) und Manfred Stolpe (Brandenburg), denen Schlappen bei ihren Landtagswahlen im September drohen, parierte er im SPD-Präsidium persönlich: „Wir haben keine andere Wahl." Gegen die ätzende Kritik von Rudolf Dreßler am Rentenkonzept („Wählerbetrug"), der sich soweit mit CDU-Chef Wolfgang Schäuble einig ist, ließ er Walter Riester antreten.

Den Versuch des Arbeitsministers wiederum, das Sterbe- und Mutterschaftsgeld zu kürzen, blockte er höchstselbst entschieden ab: „Das ist emotional besetzt, das ist nicht zu machen."

Heidemarie Wieczorek-Zeul wollte die von der Not erzwungenen Reformen am Wohlfahrtsstaat nicht hinnehmen. Am späten Abend, beim Essen mit dem Kanzler, wagte sich die Entwicklungshilfeministerin als einzige von allen Ministern nochmals vor. „Ich mach' das nicht mit", rief sie vernehmlich. Vergebens.

Der Kanzler blieb auch in der entscheidenden Kabinettssitzung am vergangenen Mittwoch standhaft, als die Ministerrunde kollektiv einen letzten

* Vom revidierten Eisenman-Entwurf mit weniger Stelen und einem Informationszentrum gibt es noch kein Modell.



Versuch unternahm, das schon geschnürte Paket noch einmal aufzudröseln. Dem Wirtschaftsminister fielen plötzlich die Sorgen von Mittelstand und Handwerk wieder ein, dem Verkehrsminister sein geliebtes Spielmobil Transrapid, der Innenminister protestierte gegen die gestrichene internationale Polizeiaufbauhilfe.

Dagegen mußte Schröder gar nicht mobilisieren, das erledigte ein Gast: der scheidende Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer. Der lobte das Sparpaket und hob die Signalfunktion für die internationalen Finanzmärkte hervor. Die Minister verfielen in andächtiges Schweigen.

Am Ende gewährte Sparkommissar Eichel lediglich dem Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke, seinen Gartenbauern und Blumenhändlern wegen eines Rechenfehlers noch eine bescheidene Zugabe. Ansonsten gab es keine Nachlässe. Für niemanden.

Schröder stand voll unter Dampf. Vor einer Gruppe von Automanagern, VW-Konzernchef Ferdinand Piëch an der Spitze, brachte er am Dienstag morgen den grünen Umweltminister Jürgen Trittin auf Linie. Er solle eine „Blockiermehrheit“ gegen die Brüsseler Altauto-Richtlinie organisieren, befahl Schröder. Eine demütigende Aufgabe für den auf Renitenz gepolten Trittin – ein einmaliger EU-unfreundlicher Akt der einstigen Europa-Musterschüler in Bonn.

REUTERS

Staatsminister Naumann

Stunden später, beim Tête-à-tête mit den mächtigen Chefs der Stromkonzerne, ersparte der Kanzler seinem Umweltressortchef großzügig den endgültigen Gesichtsverlust. Hätte er sich mit den Konzernchefs über den langfristigen Ausstieg aus der Atomenergie sogleich geeinigt, wäre der Grüne vollends zur absoluten Nebenfigur erklärt worden, der kleine Koalitionspartner unnötig in Rage geraten.

„Der Schröder“, so fiel Teilnehmern der Konsensrunde auf, „wollte keine Entscheidung.“ Ausdauernd ließ er sich Details des Ausstiegskonzeptes erklären, das sein Wirtschaftsminister Werner Müller – vorbei an Trittin – mit den Bossen ausgehandelt hatte. Der Kanzler ist überzeugt, daß Müllers zähe Verhandlungen am Ende den Konsens mit den Strommanagern bringen wird. Trittin muß zuschauen – aber lassen sich das die Grünen auf Dauer bieten?

Nächste Station – die SPD-Fraktion. Energiegeladen stellte sich der Kanzler den zweifelnden und murrenden Genossen – und obsiegte. Denn während er öffentlich bisweilen äußerst abschätzig über die Abgeordneten zu reden pflegte – sie würden hoffentlich noch erkennen, daß sie ihren Kopf nicht nur zum Haareschneiden hätten –, fand er intern den richtigen Ton. Selbst der Traditionslinke Konrad Gilges, latenter Kritiker des Schröder-Kurses, stimmte für Rentenreform und Sparpaket.

Die geradezu schlafwandlerische Sicherheit des Kanzlers in diesen entscheidenden drei Tagen beeindruckte Freund und Feind. Schröder, der oft extrem zu schwanken scheint zwischen Siegerpose und Blick in den Abgrund, hielt in der vergangenen Woche eine verblüffend stabile und hochgemute Mittellage durch. Entspannt gab er im ZDF („Was nun, Herr Schröder?“) den souveränen Medienkanzler, beim Abschiedsfest der SPD-Fraktion den aufgedrehten Ehrengast und spät am Abend den entschiedenen Parteichef.

Er hatte offenbar nicht nur verstanden, er hatte auch gelernt, daß sich Entschlossenheit bezahlt macht und daß die Einhaltung unerläßlicher Informationsregeln dem Gelingen der Reformen förderlich ist. In aller Eile und höchst diskret ließ er am Dienstag morgen für den gleichen Abend die Ministerpräsidenten und Finanzminister der SPD-Länder nach Bonn bitten. Sie sollten von den Eichel-Details erfahren, bevor sie tags darauf der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

Harmonisch verlief die Runde nicht. Die geplagten Länderfürsten trugen noch einmal vor, daß sie neue Belastungen nicht aushielten, weil ihre Etats ohnehin schon am Rande der Verfassungsmäßigkeit lägen. Als der Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde und die Brandenburger Finanzministerin Wilma Simon den Kanzler mit allzu dick aufgetragener Larmoyanz nervten, riß ihm die Geduld. „Leute, entweder wir machen es, oder wir machen es nicht“, polterte er. „Ihr müßt endlich mal sagen, was ihr wollt!“ Inständig bedrängte er die Runde, „das große Paket bitte nicht zu zerreden“.

Ein kleines Bonbon gab es dann aber doch: Finanzminister Eichel machte den Ministerpräsidenten Hoffnung auf eine Änderung bei der Erbschaftsteuer: „Wenn ihr das wollt und braucht, müßt ihr das an den Bund herantragen.“ Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll jetzt die Möglichkeiten für eine Erhöhung der Erbensteuer und den Subventionsabbau ausloten.

Am Ende dieser erstaunlichen Bonner Woche, der eine Woche am Rande des Zusammenbruchs vor-

„Operation Sparschwein“
Wie Eichels Coup gelang

Lafontaine, Herzog

11. März
Rücktritt Oskar Lafontaines; Hans Eichel wird zum neuen Finanzminister berufen.

22. April
Eichel verschiebt die geplante Unternehmensteuerreform auf das Jahr 2001.

4. Mai
Der Finanzminister kündigt einen Sparkurs „ohne Tabus“ an…

14. Mai
…und legt sich auf die Sparsumme von 30 Milliarden Mark fest.

17. Mai
Alle Minister sollen „solidarische Konsolidierungsbeiträge“ vorbereiten. Jedes Ressort muß seinen Etat um 7,4 Prozent kürzen. Arbeitsminister Walter Riester, der den größten Einzelbeitrag erbringen soll, stimmt grundsätzlich zu.

15. Juni
Eichel stößt in der SPD-Fraktion bei der Vorstellung seiner Sparpläne nach eigener Einschätzung auf „großes Verständnis“.

16. Juni
„Er rasiert uns alle“, titelt die „Bild“-Zeitung. Der Kanzler hat vor allem Bedenken gegen die Riester-Vorschläge: „Man muß den Leuten vermitteln, wofür die Rente gekürzt wird.“

17. Juni
Eichel weiht die grüne Fraktionsspitze in die Streichliste ein. Der Kabinettsbeschluß zur Sparliste wird um eine Woche auf den 23. Juni vorgezogen.

18. Juni
Offene Differenzen in den Koalitionsparteien über die obligatorische private Renten-Zusatzversicherung, die Riester plant. „Das Maß ist voll“, heißt es in der SPD-Fraktionsspitze.

21. Juni
Die SPD-Fraktion läßt sich von Eichel und Riester über die Details der Reform unterrichten. Schröder versucht, die SPD-Ministerpräsidenten für die Operation zu gewinnen. In der Koalitionsrunde kommt es zum Streit über die Ökosteuer. In der anschließenden Ministerrunde wehrt sich vor allem Heidemarie Wieczorek-Zeul gegen die Einsparungen: „Das mache ich nicht mit.“

Eichel, Schröder

22. Juni
SPD und Grüne einigen sich auf die nächsten Ökosteuer-Schritte. In der SPD-Fraktion kann Schröder die Abgeordneten für das Sparpaket und die Eckpunkte der Rentenreform gewinnen. Die Mehrheit ist nach dem Auftritt des Abgeordneten Karl Hermann Haack gesichert: „Wir dürfen nicht mehr rückwärts gehen. Es gibt nur eine Richtung: vorwärts!“

23. Juni
Das Kabinett verabschiedet das Sparpaket.

DER SPIEGEL

Akten per E-Mail

Geteilte Ministerien, provisorische Büros, zu wenige Flüge für die Pendler: Der Umzug nach Berlin, der diese Woche beginnt, nervt schon jetzt die Beamten.

Walter Riester schwant Übles. Wie seine Kabinettskollegen soll der Arbeitsminister ab 6. September von Berlin aus regieren. Aber wie?

In seinem Berliner Domizil, dem früheren Nazi-Propagandaministerium an der Mauerstraße, werden die Handwerker noch mindestens ein Jahr lang die Oberhoheit besitzen. Gleich neben der Baustelle, in einigen fertigen Räumen und in vielen Provisorien werden Beamte sitzen, die wenig Ahnung von ihren Aufgaben haben. Rund die Hälfte der 220 Stellen, über die Riester in Berlin verfügen kann, ist mit neuem Personal besetzt. Der Großteil seines Ressorts, etwa 800 Kräfte, bleibt dagegen in Bonn.

Nach dem Hauptstadtbeschluß von 1991 teilen sich die 14 Ministerien zwischen Bonn und Berlin auf. Nur der Bundestag zieht komplett um. Prinzipiell sollen möglichst wenige Staatsdiener ihren Chefs in die Großstadt folgen müssen. Zwei Drittel der ministeriellen Arbeitsplätze, rund 12 000, bleiben Bonn erhalten.

Überall müssen nun Stellen nach einem komplizierten System getauscht, Organisationseinheiten verändert und neue Kräfte geschult werden. Weit mehr als 6000 Bundesbedienstete rotieren in Ministerien, anderen Behörden und Instituten an der größten Jobbörse der Republik.

LUFTBILD LAUBNER BERLIN

Regierungs- und Bundestagsbaustellen in Berlin: *„Vorübergehende Kompetenzlücken“*

C. BACH

Bundestagstransport (vor dem Reichstag)
Stellentausch mit Sozialpunkten

Besonders arg trifft es das Haus Riester. Der Leiter des Referates „Grundsatzfragen des Arbeitsrechts“ beispielsweise hat sich unlängst in den Ruhestand verabschiedet. Seine Sachbearbeiter ließen sich versetzen, um nicht mit nach Berlin zu müssen. Nur noch ein Referent versteht wirklich etwas vom Thema – „vorübergehende Kompetenzlücken“ heißt das hübsch artig im Ministerialjargon.

Jetzt rächt sich, daß die Parlamentarier großzügiger als jeder private Arbeitgeber die Wünsche der Staatsdiener berücksichtigen wollten. Bei dem tausendfachen Stellentausch zählten „nicht Eignung und Bedarf“, klagt Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye: „Wer genug sogenannte Sozialpunkte nennen konnte, muß nicht umziehen.“

Wegen pflegebedürftiger Angehöriger in Bonn etwa verlassen jetzt etliche Mitarbeiter Heyes das Bundespresseamt (BPA) und wechseln zu einer anderen Behörde am Rhein. Dafür muß das BPA Berliner Beschäftigte vom künftig in Bonn angesiedelten Bundesinstitut für Berufsbildung aufnehmen.

Richtig gefrustet sind etliche Staatsdiener in den sechs sogenannten Bonn-Ministerien. Der erste Dienstsitz der Ressorts Verteidigung, Gesundheit, Umwelt, Forschung, Landwirtschaft sowie Entwicklungshilfe liegt weiterhin am Rhein. Der Zweitsitz, intern „Kopfstelle“ genannt, befindet sich in Berlin. Das Problem dabei: Mehr Beamte des höheren Dienstes drängen in die Hauptstadt, als dort Planstellen vorgesehen sind.

Zwar hielt das rot-grüne Kabinett eine „Aufstockung des Personals für die Dienststellen in Berlin bis zur Größenordnung von 25 Prozent für erforderlich“. Aber so gut wie alle Versuche der Chefs, ihre Berliner Mannschaft offiziell von 10 auf 25 Prozent der Stammbelegschaft zu vergrößern, scheiterten bis-

her am Widerstand der Personalräte in Bonn.

Forschungsministerin Edelgard Bulmahn halste sich ein zusätzliches Problem auf: Ihr Vorgänger Jürgen Rüttgers (CDU) wollte die seit 1990 in der Berliner Außenstelle Beschäftigten versetzen, um ausreichend Fachleute in der Hauptstadt zu haben. Bulmahn jedoch sicherte den vorwiegend Ostdeutschen zu, sie müßten nicht in den Westen umziehen. „Mit den Ossis, dem Leitungsstab und den Fachreferenten“, stöhnt ein Referatsleiter, „haben wir unsere Zehn-Prozent-Quote ausgeschöpft und trotzdem viel zu wenig Leute in Berlin.“

Reibungsverluste beim Regieren prophezeit Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Dessen Riesenapparat mit 3500 Mitarbeitern wird bis zur Fertigstellung des Bendlerblocks im Januar 2001 sogar dreigeteilt. In einer Kaserne am Berliner Stadtrand wird Generalinspekteur Hans Peter von Kirchbach mit Teilen des Führungsstabes untergebracht. Scharping, der Leitungsbereich und der geteilte Pressestab residieren in einem vorübergehend angemieteten Bau im Bezirk Tiergarten.

Insgesamt sollen nicht mehr als 350 der 3500 Bediensteten Bonn verlassen. Doch auf der Hardthöhe arbeiten viele gegen diesen Plan. So drängen die Inspekteure von Heer, Luftwaffe und Marine mit Macht an die Spree. Sie befürchten, sonst ihren herausgehobenen Status als Abteilungsleiter zu verlieren.

Scharping wiederum sähe das Führungszentrum der Bundeswehr mit 70 Stabsoffizieren gern in seiner Nähe. Doch Staatssekretär Peter Wichert, Scharpings Statthalter auf der Hardthöhe, will auf das Prestige-Gremium nicht verzichten.

Demnächst muß eine Telefon-Konferenz-Schaltung anberaumt, ein Treffen am Videobildschirm vereinbart oder eine elektronische Akte des Informationsverbundes Berlin-Bonn (IVBB) geöffnet werden. „Die hocken den ganzen Tag bloß noch vor dem Computer und schicken sich E-Mails und Aktenvorgänge“, beschreibt ein Mitglied des Planungsstabes die neue Arbeitsweise.

Verkehrs- und Bauminister Franz Müntefering mag sich auf die elektronischen Segnungen des IVBB nicht verlassen. Der SPD-Politiker, der am Montag dieser Woche mit einem Vorauskommando als erster Minister sein Berliner Provisorium eröffnen will, hat einen nächtlichen „Akten-Pendelservice“ erfunden: Schriftstücke, die bis 17 Uhr in der Bonner Poststelle eingehen, liegen am nächsten Morgen auf dem Berliner Schreibtisch.

Noch weniger allerdings wollen Scharpings Leute vom IVBB Gebrauch machen. Zu groß ist die Angst, Geheimes über die Leitungen zu schicken. So werden häufig Kuriere mit Geheimmaterial hin- und herjetten müssen – falls sie einen Platz im Flugzeug bekommen, denn dort wird es künftig eng.

Wöchentlich 19 Flüge und 2 Sonderzüge hat das Bundesamt für Güterverkehr dem Bundestag und den Ressorts ab der nächsten Woche angeboten. Bis zu zwei Jahre lang können die Beschäftigten jedes Wochenende kostenlos in die alte Heimat reisen.

Wer als erster bestellt oder den höchsten Dienstrang bekleidet, hat Aussicht auf das gewünschte, kostenlose Ticket. Der Dienstweg ist genau geregelt. Laut „Umzugsinfo Nr. 70“ befragen im Finanzministerium derzeit elf „Abteilungsbeauftragte“ ihre Kollegen, welches Transportmittel „Sie im Regelfall bevorzugen würden“.

Petra Bornhöft, Alexander Szandar

ausgegangen war, sammelte der neue Kraftmensch im Kanzleramt zufrieden die positiven Rückmeldungen ein. Verschämt, aber eilig, zollten die Wirtschaftsbosse Respekt. „Ein gutes Signal, ein überfälliges Signal“, ließ sich der krawallige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel vernehmen. BDA-Kollege Dieter Hundt erkannte eine „Trendwende“.

Tief verunsichert, aber solidarisch, reagierten auch die Traditionsbataillone der Genossen. „Wir anerkennen das Bemühen von Minister Eichel“, verkündete DGB-Chef Dieter Schulte. Zu einem strammen „Ja, aber“ rang sich auch ÖTV-Kollege Herbert Mai durch.

Das versöhnliche Echo aus dem Land reicht Schröder aber noch lange nicht. Mit einem millionenschweren PR-Gewitter, so die Planung, soll soviel Volk wie möglich

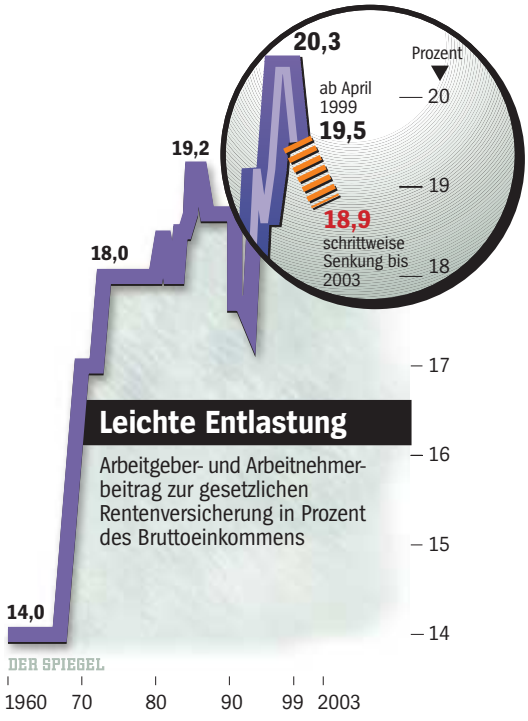
W. v. CAPPELLEN / REPORTERS

M. DARCHINGER

Sozialdemokraten Wulf-Mathies, Müntefering
Aufgaben zur Entlastung des Kanzlers

für das Spar- und Rentenpaket gewonnen werden. 900 000 Mark gibt allein das Bundespresseamt für eine Anzeigenkampagne aus. Ein Motiv zeigt einen Rosenstock, eine Gartenschere und die Zeile: „Kluge Schnitte fördern das Wachstum“.

Schon im September sind Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Land-



„Erst einmal abwarten“

Ex-Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU)
über das Spar- und Reformpaket der rot-grünen Bundesregierung

SPIEGEL: Ist das Sparpaket von Finanzminister Hans Eichel wirklich nötig?
Stoltenberg: Es ist sicher richtig, den Haushalt durch weitere Einsparungen zu entlasten; das war meine Politik nach 1982, das war die Politik von Theo Waigel. Wegen der enormen Transferleistungen in die neuen Länder, aber auch durch eine Wachstumsschwäche, die die Staatseinnahmen gemindert hat, besteht jetzt Handlungsbedarf. Allerdings halte ich viele der Einzelmaßnahmen, die Finanzminister Eichel plant, für sehr problematisch.
SPIEGEL: Welche meinen Sie?
Stoltenberg: Da gibt es Verlagerungen vom Bund auf andere öffentliche Haushalte, die keine echten Einsparungen sind. Da werden mehr als fünf Milliarden Mark den Sozialversicherungen aufgebürdet, beim Wohngeld streicht er einen Milliardenbetrag, den die Kommunen übernehmen sollen. Außerdem werden in Höhe von etlichen Milliarden Mark in einigen Etats nur globale Minderausgaben genannt. Da weiß die Regierung wohl noch nicht so genau, was sie sparen will.
SPIEGEL: War das zu Ihrer Zeit anders?
Stoltenberg: Wir haben in den achtziger Jahren nicht nur beim Bund gespart, wir haben auch die Länder und Sozialversicherungen entlastet. Die heutige Regierung macht das Gegenteil.
SPIEGEL: Bundeskanzler Schröder hat das Sparpaket und die anderen Reformen „Paradigmenwechsel“ und eine Entscheidung von „historischer Tragweite“ genannt. Zu Recht?
Stoltenberg: Dafür sind die Gesetzgebungsvorhaben zu zwiespältig. Ich halte nach wie vor die Ökosteuer für verfehlt. Da wird den Leuten genommen, was ihnen an anderer Stelle, beispielsweise beim Kindergeld, gegeben wird. Auch die Unternehmensteuerreform ist unausgegoren. Früher hatten wir mit der SPD die Übereinstimmung, daß wir den ausgeschütteten Gewinn begünstigen; das erhöht die Kapitalmobilität. Jetzt will die Regierung den Gewinn bevorzugen, der im Unternehmen bleibt. Außerdem ist der gespreizte Spitzensteuersatz für Unternehmen und Privatleute ein verfassungsrechtliches Problem.
SPIEGEL: Hilft das Reformpaket, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen?
Stoltenberg: Der große Durchbruch ist das bestimmt nicht. Bei aller Zustimmung zu Einsparungen bezweifle ich, daß es richtig ist, erhebliche Investitionsmittel zu streichen. Außerdem müssen wir erst einmal abwarten, was bis zum Jahresende von den Vorhaben überhaupt übrigbleibt.
SPIEGEL: Da spricht jemand aus Erfahrung.
Stoltenberg: In den ersten Jahren nach 1982 habe ich meine Sparkonzepte fast ohne Abstriche durchgesetzt. Bei der dreistufigen Steuerreform gab es allerdings einige Änderungen, auch durch Widerstände unionsregierter Bundesländer. Trotzdem war sie ein Erfolg.
SPIEGEL: Wie bewerten Sie den Auftritt Ihres Nachfolgers Hans Eichel?

M. AUGUST

CDU-Politiker Stoltenberg: *„In einigen Punkten Zustimmung“*

Stoltenberg: Er hat in wenigen Wochen ein Konzept vorgelegt, das in einigen Punkten Zustimmung verdient, in anderen entschiedene Kritik. Für ein abschließendes Gesamturteil über die Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung ist es noch zu früh. Erfolg oder Mißerfolg dieser Operation aber werden erst in ein, zwei Jahren sichtbar.
SPIEGEL: Welchen Rat geben Sie Ihrer eigenen Partei für den Umgang mit dem Sparpaket?
Stoltenberg: Die Union ist gut beraten, mit dem Vorhaben differenziert umzugehen. Was fragwürdig ist, sollte sie auch beanstanden; auf keinen Fall aber sollte sie alle Einsparungen ablehnen. INTERVIEW: CHRISTIAN REIERMANN

tagsabstimmungen im Saarland, in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Da hält die SPD für rhetorisch ungelenke Funktionäre Argumentationshilfen und Mustereden bereit. Die Ministerien helfen mit Broschüren.

Die Großoffensive von Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye nach innen und außen ist verständlich: Das Sommerloch steht an, jene verrückte Zeit, in der ungelenke politische Flügelschläge leicht tektonische Beben verursachen können. Die Frage lautet nun: Spielen die Adressaten des Sparplans, die Arbeitnehmer und Studenten, die Arbeitslosen und Rentner, auch mit? Tragen sie die Last geduldig? Ist der Zwang zum Sparen in ihr Bewußtsein gesickert? Oder marschieren die Betroffenen demnächst auf Bonn und Berlin?

Noch ist nichts entschieden, nicht einmal die Frage, ob Gerhard Schröder genügend Kondition und Disziplin hat, seinen einarmigen Handstand länger durchzuhalten. So eindrucksvoll der Kanzler vergangene Woche in Bonn auftrat, erst die Anfänge in Berlin werden zeigen, ob das in Hannover eingeübte System Schröder auch zur Steuerung der drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt taugt.

Denn wie ein Schneckenhaus will Schröder seine vertraute Mannschaft aus dem niedersächsischen Flachland mitnehmen nach Berlin. Beim kurzen Zwischenstopp in Bonn erwiesen sich dort vorgenommene Erweiterungen als nicht sehr hilfreich.

Keiner hat Schröders drei Dutzend Niedersachsen in Bonn in den vergangenen acht Monaten derart irritiert wie Kanzleramtsminister Bodo Hombach. Eifersüchtig notierte die Leine-Gang, daß der Chef dem dicken Nordrhein-Westfalen ungewöhnlich schnell sein Ohr gewährte. Doch Hombach blieb der neue Buddy, wollte wohl auch eine singuläre Erscheinung im Kanzleramt sein, jedenfalls wurde er nicht wirklich aufgenommen von der eingeschworenen Truppe um Schröders Büroleiterin Sigrid Krampitz, Frank-Walter Steinmeier, Heye oder Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke, die gemeinsam den zuweilen anstrengend launischen Schröder nun seit nahezu zehn Jahren ertragen. Unter Verzicht auf Freizeit, besser bezahlte Jobs oder Lob haben die „Frogs“ (Friends of Gerd) das Projekt Schröder zu ihrem Lebenswerk gemacht.

Hombach erregte ihr Mißtrauen, weil er allzu besitzergreifend im Wahljahr 1998 am sich anbahnenden Triumph teilhaben wollte. Unvergessen der Wahlsonntag am 1. März in Niedersachsen: Er machte sich auf

DPA

Koalitionäre Struck, Schlauch: *Millionenschweres PR-Gewitter*

dem Sofa neben Schröder so breit, daß für keinen anderen mehr Platz war.

Schon zu diesem Zeitpunkt war eigentlich klar, daß die Liaison Schröder/Hombach im Kanzleramt nicht lange gutgehen würde. Franz Beckenbauer benötigte fürs körperlose Spiel ja auch den treuen Rackerer Georg „Katsche“ Schwarzenbeck, der für den Chef durch den Matsch grätschte.

Der Generalist und Medienstar Schröder harmoniert am allerbesten mit peniblen, effektiven und wenig irisierenden Malochern vom Schlage Eichels, Riesters oder Scharpings. In Kombination mit anderen Stars jedoch herrscht fortwährender Flausenalarm, mit Lafontaine oder eben mit Hombach.

Die Arrondierung der Machtverhältnisse bedeutet für das alte System Schröder einen sofortigen neuen Härtetest. Taugen die Mechanismen, die zwischen Ostfriesland und Lüneburger Heide leidlich funktionierten, auch am neuen Regierungssitz Berlin?

Mit seinem Vertrauen zeichnet Schröder nur ganz wenige Mitarbeiter aus, und nur die haben wirklich Einfluß, meistens begrenzten. Dazu zählen Heye und Steinmeier, vor allem aber die Kanzlergattin Doris Schröder-Köpf. Die zierliche Blonde drängt sich nicht in den Vordergrund, aber als Minensucherin, Trendforscherin und als eine Art permanente Standleitung zum wirklichen Leben und auch zu wichtigen Presseorganen wirkt sie perfekt. Was immer sie hört und liest, meldet sie ihrem Ehemann. Gemeinsam machen sie Politik daraus.

Nach dem Abschied Hombachs kommt auf Regierungssprecher Heye wieder mehr Arbeit zu. Die Kommunikationsprobleme, die Schröder vergangene Woche noch einmal als Ursache für das miserable Erst-Echo auf die Reformprojekte ausführlich bemängelte, werden ab sofort Heyes Sorge.

Steinmeier bleibt als Hombach-Nachfolger vermutlich im Range eines Staatssekretärs, was den charmanten Nebeneffekt hätte, daß der Posten Hombachs inklusive seiner noch immer halbfertigen neuen Grundsatzabteilung ersatzlos wegfiele, womit auch Schröders Amt den Sparauflagen von Finanzminister Eichel ein Stück näherkäme.

Auch auf Wirtschaftsminister Müller kommt mehr Arbeit zu. Hombach genoß den Ruf, ein Mann der Wirtschaft zu sein. Diese Rolle soll nun der parteilose Minister übernehmen. Daneben tritt die ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies, die künftig das Bündnis für Arbeit organisieren soll. Sie hat den Status einer Kanzlerbeauftragten für besondere Aufgaben und ist zudem für Europapolitik zuständig.

IMO

Umweltminister Trittin
Zur Nebenfigur degradiert?

Im Kabinett steht in absehbarer Zeit eine weitere Veränderung an. Franz Müntefering strebt als Generalsekretär in die Parteizentrale; der entsprechende Parteitag, der den Posten erst förmlich schaffen soll, ist für Dezember vorgesehen. Bis dahin wird ein neuer Verkehrsminister gesucht.

Die schwierigste Hombach-Erblast gibt das Kanzleramt ab. Das Außenministerium wird sich von jetzt an mit den verfahrenen Verhandlungen über die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg befassen müssen.

Wegen Hombachs Abschiebung ins Kosovo sind auch einige Rollen in Schröders wöchentlicher Polit-Soap neu oder anders zu besetzen. „Das ist ja immer wie bei ‚Gute Zeiten – Schlechte Zeiten‘“, hat ein niedersächsischer Parlamentarier festgestellt.

Bisher war Hombach der Maliziöse, Trittin der notorische Bösewicht. Riester übernahm den Part des tapsigen Onkels, Scharping gab den entsagungsvoll Guten, Eichel den korrekten Nachbarn, Rezzo Schlauch den Hausfreund, und Joschka Fischer gefiel in der Rolle des wendigen Bankers.

Natürlich ist das nur Spiel, doch daß solche Rollenverteilungen dem Bedürfnis der Bürger entgegenkommen, die seltsame, komplizierte Welt der Politik mit den Mitteln des Entertainments zu verstehen, ist den PR-Profis um Schröder geläufig. Um so schwieriger wird es für den Kanzler und seinen Strategen Heye, die Kräfte in Zukunft neu zu bündeln. Bleiben den Grünen künftig alle Verlierer- und Bösewichtrollen? Wie lange läßt sich Trittin vor den Kopf schlagen?

Über die Rolle des strahlenden Helden gibt es vorläufig nicht die geringsten Zweifel. Diesmal hat Schröders Methode des kalkulierten Chaos geklappt: Er läßt möglichst viele Handlungsmöglichkeiten vorbereiten, die er je nach Stimmungslage spontan ins Volk streut. Er läßt den Prozeß laufen, bis er zu entgleiten droht, und spricht dann viele laute Machtworte.

Dabei müssen die Minister jederzeit auf radikale Kurskorrekturen gefaßt sein. Arbeitsminister Riester etwa muß in der Sommerpause das Kunststück fertigbringen, einerseits die „Zwangsrente“ zu verhindern, sie aber dennoch irgendwie beizubehalten, weil die gesamte Reform die Säule „Kapitaldeckung“ braucht.

Herr über das Verfahren bei der Verabschiedung des Haushalts sind nun, da das Kabinett entschieden hat, ausgerechnet

die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, die Schröder in der vergangenen Woche gleich mehrfach düpierte. Nicht alle sind gleichermaßen von Eichels Sparpaket begeistert, und noch längst sind nicht alle vom Medienkanzler eingeschüchtert.

Der weiß selbst: „Ich glaube zwar, wir sind durch." Aber wenn nicht, dann will er weiterkämpfen. „Durststrecken" kalkuliert Schröder ein. Seine typische Reaktion: „Es zählt ja nicht, daß man das Richtige will, entscheidend ist, daß man es kriegt."

Schon immer fanden in den ereignisarmen Urlaubswochen Zweifler und Kritiker Beachtung. Das Sommerloch ist ein Hallraum für Unruhestifter. Und Eichels Etat-Entwurf bietet so viele Gründe zum Protest, wie er Haushaltstitel enthält. Nämlich etliche tausend.

Bald wird – zumal in jenen Gegenden, in denen gewählt wird – etlichen Abgeordneten unter den Grünen und Sozialdemokraten aufgehen, was das abstrakte Zahlenwerk für sie bedeutet. Hier kann die Ortsumgehung einer Bundesstraße nicht mehr gebaut werden, dort entfällt der Autobahnanschluß.

Die Wohngeldpläne sind deshalb auch bei Roten und Grünen umstritten: Die im Wahlkampf versprochene Erhöhung kommt erst im Jahr 2001 – zu spät für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. „Das war für uns ein Top-Wahlkampf-Thema", stöhnt der grüne nordrhein-westfälische Bauminister Michael Vesper, „daran erinnern sich die Leute doch." Besonders lästig: Die eingeplante Gegenfinanzierung tritt schon im Jahre 2000 in Kraft – die Einkommensgrenzen für die Eigenheimzulage werden gesenkt, Haus- und Wohnungseigentümer können dann Kosten für Renovierungen oder Makler in weit geringerem Umfang bei der Steuer absetzen.

„Wie sollen wir in den Kommunalwahlen bestehen, wenn Bonn beim Wohngeldstreit keinen klaren Kurs hat", monierte Saarbrückens Oberbürgermeister Hajo Hoffmann (SPD) beim Treffen mit Finanzminister Eichel am vergangenen Freitag. Jede klitzekleine Kommunalwahl entscheidet mit über das innenpolitische Klima, in dem Schröders Austeritätspolitik stattfindet.

Größeres Ungemach droht auch noch über Riesters Rentenzahlen. So ist keineswegs sicher, daß die Rentner in den kommenden zwei Jahren tatsächlich einen kompletten Inflationsausgleich erhalten. Einkalkuliert sind Preissteigerungen von 0,7 und 1,6 Prozent. Die höhere Ökosteuer könnte jedoch stärker als bisher auf die Preise durchschlagen.

„Wenn die Konjunktur anzieht, ist das wahrscheinlich", sagt der Darmstädter Rentenexperte und Riester-Berater Bert Rürup. Dann müßte die Regierung entweder mehr zahlen – ein halbes Prozent mehr Rentenerhöhung bedeutet bereits Zusatzkosten von 1,75 Milliarden Mark. Oder es bleibt beim eingeplanten Finanzvolumen – dann bekämen die Rentner weniger als den Inflationsausgleich.

„Wir haben erst die erste Hürde genommen", dämpfen Vertraute von Finanzminister Hans Eichel die Erwartungen. „Da steht uns in der Sommerpause noch einiges bevor."

Der allergrößte Widerstand, das weiß der Bundeskanzler, auch wenn vergangene Woche zunächst alle SPD-Ministerpräsidenten ergeben genickt haben, wird aus den Ländern erwachsen. Schon jetzt sind die Regierungschefs sicher, daß die Bundesregierung den Haushalt auf ihre Kosten saniert.

Ein Beispiel: Beamtenanwärter, die nicht in den Öffentlichen Dienst übernommen werden, aber auch arbeitslose ehemalige Zeitsoldaten bekommen, weil sie nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, Arbeitslosengeld vom Bund. Eichel will diese Sozialausgaben sparen. Deshalb sind die betroffenen Personen künftig auf Sozialhilfe der Kommunen angewiesen. Mehrkosten für die Länder: eine Milliarde Mark im nächsten Jahr.

Oder: Die Kürzungen beim Wohngeld bestehen nur auf dem Papier. 2,2 Milliarden Mark will Finanzminister Eichel beim sogenannten pauschalierten Wohngeld sparen, das an Sozialhilfe-Empfänger ausgezahlt wird. Doch durch das Bonner Sparpaket wird vorerst kein Mieter weniger Unterstützung bekommen. Nur bezahlen künftig die Kommunen dafür – ihnen bleibt nichts anderes übrig, weil die Ansprüche der Sozialhilfe-Empfänger gesetzlich geregelt sind und durch Schröders Kürzungsaktion nicht verändert werden.

Eine Arbeitsgruppe soll jetzt feststellen, ob die Länderkassen belastet werden und wie sie entlastet werden können. „Der Bund schuldet den Ländern ohnehin schon fünf Milliarden Mark", schimpft ein Länder-Vertreter. Tatsächlich tragen die Bundesländer mehr als jene 26 Prozent aller Kindergeldzahlungen, die im Gesetz festgeschrieben sind. Die nun versprochene Erhöhung um 20 Mark ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Was also wird am Ende bleiben von Schröders Kraftakt? Alles, alles, alles, alles, alles, sagt der Kanzler gleich fünfmal. Er pumpt sich auf, um Entschlossenheit zu bekräftigen. Aber gleich darauf bricht sich sein Realitätssinn Bahn, der Kanzler feixt – „bis auf ein paar realitätsbedingte Detailbereinigungen, natürlich".

Horand Knaup, Jürgen Leinemann, Hendrik Munsberg, Elisabeth Niejahr, Christian Reiermann, Hajo Schumacher

AP

Ehepaar Schröder*: *Standleitung zum wirklichen Leben*

* Am 20. Juni mit dem Kölner Kardinal Joachim Meisner.